



SPD-Fraktion StädteRegion Aachen | 52090 Aachen

Herrn Städteregionsrat
Dr. Tim Grüttemeier

SPD-Fraktion StädteRegion Aachen
Fraktionsgeschäftsstelle | Raum E 182
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Telefon: 0241 5198-3645
Telefax: 0241 5198-83645
E-Mail: spd@staedteregion-aachen.de

Datum: 28.05.2020

Im Hause

Antrag Dem Strukturwandel Richtung geben
Sitzung des Städteregionsausschusses am 19.06.2020
Sitzung des Städteregionstags am 19.06.2020

Sehr geehrter Herr Dr. Grüttemeier,

am 16. Juni 2020 wird der Deutsche Bundestag voraussichtlich sowohl das Struktur-
stärkungs- wie auch das Kohleausstiegsgesetz in 2. und 3. Lesung verabschieden. Der
Bundesrat würde nach derzeitigem Fahrplan am 03. Juli über seine Zustimmung zu den
Gesetzen entscheiden.

Damit wäre der Weg frei für ein Gesamtfinanzierungspaket von 40 Mrd. €, welches der
Bund den vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen in den kommenden Jahren
zur Verfügung stellt.

Die StädteRegion Aachen ist im doppelten Sinne vorwiegend betroffen. Zum einen ist
sie als Region im Rheinischen Revier Bestandteil der größten deutschen Braunkohlere-
gion, zum anderen wird der Ausstieg bei uns beginnen und insbesondere die Standort-
kommune unserer Gebietskörperschaft mit als erste treffen.

Deswegen ist Eile geboten, um richtige und passgenaue Modelle zu erarbeiten, die uns
helfen die Chancen des Strukturwandels zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, in den Sitzungen des Städteregionsausschusses
und des Städteregionstags am 19.06.2020 folgenden Beschlussvorschlag zur Abstim-
mung zu bringen:

Beschlussvorschlag:

Zur Gestaltung und Bewältigung des Strukturwandels ergeben sich für die Städ-
teRegion Aachen ganz konkrete Aufgabenstellungen, die der Städteregionstag

Seiten 1 von 5

Fraktionsvorsitzender
Martin Peters
Tel.: 0241 5198-3645
Fax: 0241 5198-83645

Fraktionsgeschäftsführer
Oliver Liebchen
Tel.: 0241 5198-3645
Fax: 0241 5198-83645

Internet: spd-staedteregion-aachen.de
Facebook: facebook.com/SPDStRegAC
Twitter: [@spd_stregac](https://twitter.com/spd_stregac)
Instagram: [spd_staedteregion_aachen](https://instagram.com/spd_staedteregion_aachen)

E-Mail: spd@staedteregion-aachen.de

E-Mail: oliver.liebchen@staedteregion-aachen.de

hiermit beschließt und sie den Akteuren aus Politik und Verwaltung als verbindliche Richtschnur bei ihrem Handeln mit auf den Weg gibt.

1. Der Städteregionstag stellt fest, dass mit der Verabschiedung des Strukturstärkungs- und des Kohleausstiegsgesetzes ein weiterer Meilenstein erreicht wurde, der – beginnend mit dem Endbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ – dazu diente, einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber herzustellen, wie man den Ausstieg aus der Kohle gestalten kann.
2. Der Städteregionstag geht davon aus, dass die notwendigen Kraftwerksabschaltungen voraussichtlich ihren Anfang ab dem Jahr 2021 im Rheinischen Revier nehmen werden und sehr schnell tiefgreifende Auswirkungen in der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur unserer Region haben werden.
3. Das Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Revier muss Fördermöglichkeiten beschreiben, mit denen Unternehmen, welche einen durch den Strukturwandel erzwungenen Wechsel des Geschäftsmodells nicht aus eigener Kraft stemmen können, unterstützt werden können.
4. Die StädteRegion schafft unter Einbindung aller Akteure Strukturen, die eine systematische Förderung und Entwicklung von Produkten in unserer Region betreiben. Es darf dabei aber nicht bei der Produktentwicklung bleiben, sondern es gilt die in unserer Region entwickelten Innovationen, verbunden mit den notwendigen Investitionen in unserer Region, zu halten und dafür ebenfalls die Voraussetzungen bspw. durch die Schaffung von Inkubatoren für industrielle Produktion zu garantieren.
5. Die Verwaltung der StädteRegion Aachen setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass unsere Region auch weiterhin ein industrieller Produktionsstandort für elektrisch betriebene Fahrzeuge bleibt.
6. Für die StädteRegion Aachen ist ein wichtiger Indikator des Wirtschafts- und Strukturprogramms für das Rheinische Revier (WSP) das Stichwort „Gute Arbeit“. Die Akteure der StädteRegion in den Beteiligungsgremien der ZRR stellen sicher, dass die „Gute Arbeit“, „Tarifbindung“ und „Mitbestimmung“ als democratiesichernde und wohlstandswahrende Faktoren eine zentrale Rolle bei allen Maßnahmen einnehmen.
7. Die Landesregierung muss zusätzliche öffentliche Mittel zur Beseitigung des Investitionsstaus für die Kommunen im Rheinischen Revier bereitstellen.
8. Die StädteRegion Aachen fordert die Landesregierung auf, gegenüber dem Bund dafür Sorge zu tragen, die Finanzsituation der Kommunen nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören die Befreiung von Altschulden

und eine Konzeption zur Rückführung von Kassenkrediten, um Räume für weitere kommunale Investitionen zu schaffen.

9. Die StädteRegion Aachen erarbeitet ein Konzept, wie man seitens der Region einen Anteil am Erreichen des 65% Erneuerbare-Energien-Ziels erreichen will. Dazu gehört ein verstärkter Ausbau der Windenergie und der Einsatz gegenüber dem Land die den Ausbau verhindernden restriktiven Regelungen auf den Prüfstand zu stellen. Ebenso müssen die Entwicklung von Speichertechnologien wie bspw. die geothermische Nutzung von Kohlegruben, Power-t-X-Technologien und „grüner“ Wasserstoff durch die StädteRegion gefördert werden.
10. Die StädteRegion muss intensiv die Beteiligung der Sozialpartner in einer eigenen Struktur auf dem Wege den das Strukturstärkungsgesetz aufzeigt gewährleisten, um diese bei der Gestaltung der Transformation unserer Industrielandschaft einzubinden.

Begründung:

Infolge der politischen Entscheidung zum Ausstieg aus der Kohle muss für Unternehmen, die Beschäftigten sowie die Menschen in den betroffenen Regionen eine vollumfängliche Kompensation geschaffen werden.

Wir benötigen jetzt in der StädteRegion Aachen für alle – insbesondere aber für die vom Strukturwandel betroffenen – Menschen eine Vorstellung davon, wie eine soziale, ökologisch verträgliche und nachhaltige, auch in Zukunft wettbewerbsfähige Wirtschaft mit starker Industrie und Dienstleistung in der Region aussehen könnte.

Der Wandel betrifft zuerst die Beschäftigten im Kraftwerk Weisweiler und im Tagebau Inden. Aber darüber hinaus betrifft er alle Branchen, Handwerk, Industrie und Dienstleistungen unserer Region.

Rund 10.000 Beschäftigte im gesamten Rheinischen Revier sind direkt betroffen. Darüber hinaus existieren zahlreiche Zuliefererbetriebe, die in direkter Abhängigkeit zum tagebau- und kraftwerksbetreibenden Unternehmen stehen. Gerade weil in diesen Betrieben vor allem gering qualifizierte Beschäftigte in häufig körperlich schwerer Arbeit ihre Arbeitsplätze verlieren werden, sind die Impulse so zu gestalten, dass sie zu Industriearbeitsplätzen für alle Qualifikationsniveaus führen. Ziel müssen tarifgebundene Arbeitsplätze in mitbestimmten Unternehmen sein.

Damit gewährleisten wir auch für die Zukunft, dass unsere derzeit ausgezeichnete Landschaft für berufliche Bildung und Ausbildung erhalten bleibt.

Die starke Prägung der Energiewirtschaft in unserem Industriestandort, verbunden mit einem bedeutenden Verwaltungs-, Hochschul- und Dienstleistungssektor, bietet wie kaum in einer anderen Region auf der Welt so ausgeprägte Wertschöpfungsketten in einem so kleinen Raum.

Zusätzlich kommt die Tatsache, dass die energieintensive Industrie den Kern dieser Struktur bildet, und sie auf wettbewerbsfähige und sichere Stromversorgung angewiesen ist.

Somit stellt der Aspekt der Energiesicherheit eine Voraussetzung für das Gelingen der industriellen Transformation unter Erhalt vorhandener Wertschöpfungsketten dar.

Ein gutes Beispiel ist die chemische Industrie, in der das 11-fache an Strom notwendig ist, um CO₂-neutrale Produktionsverfahren nutzen zu können. Vergleichbares gilt für die Metallerzeugungs- und verarbeitungsindustrie in unserer Region.

Aus diesen Gründen bildet die Energiesicherheit einen Standortfaktor, der bei den städteregionalen Beiträgen zur Transformation zu berücksichtigen ist.

Es gilt darüber hinaus auch an die unternehmerische Verantwortung zu appellieren eigene Energiestrategien zu entwickeln, Investitionen zu tätigen, Innovationen voranzutreiben und zu ermöglichen. Dies dient ebenfalls dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der Schaffung neuer.

Power to X-Technologien, „grüner“ Wasserstoff und weitere Entwicklungen im Energiekontext sind wesentliche Voraussetzungen dafür, energieintensive Betrieb vor Ort zu halten und neue Industrien anzusiedeln.

Das Potential für Innovationen ist in der StädteRegion Aachen in sehr großem Maße vorhanden. Ziel unserer städteregionalen Strukturpolitik muss es sein, Bedingung dafür zu schaffen, damit diese gehoben werden können. „Future labs“ oder „Launch Center“ für neue Produkte oder Produktionsinnovationen sollten Bestandteile der strukturpolitischen Konzeption der StädteRegion Aachen sein, um der Kooperation von Wissenschaft und Forschung einerseits und Industrie andererseits Raum und Zeit zu geben.

Entscheidend muss dabei sein, dass in unserer Region Forschungen und Entwicklungen so weit vorangetrieben werden, bis sie marktreif sind und in einem industriellen Maßstab in der Region umgesetzt werden.

Auch wenn der Bereich E-Mobilität in unserer Region gerade am Scheideweg steht, wie die Situationen rund um die Ereignisse bei Streetscooter und eGO zeigen, so wird dieser Sektor dennoch ein Thema in unserer StädteRegion bleiben. Die nächste Zeit wird zeigen in welcher Ausprägung das der Fall sein wird. Wir wünschen uns, dass in unserer Region weiterhin elektrisch betriebene Fahrzeuge im industriellen Maßstab produziert werden und die StädteRegion alles in ihrer Macht stehende tut, um dabei Hilfestellung zu leisten.

Darüber hinaus müssen wir auch alle anderen Ressourcen in der StädteRegion Aachen mobilisieren, um einen sozialen, ökologischen und fairen Wandel zum Gelingen zu bringen. Wir haben es als StädteRegion gemeinsam mit den regionsangehörigen Kommunen selber in der Hand bspw. den Bausektor als einen weiteren Motor der regiona-

len Wirtschaft zu fördern. Unsere Investitionsentscheidungen als öffentlicher Auftraggeber müssen in Abstimmung und Konsens mit den regionsangehörigen Kommunen darauf abgestimmt sein, die lange regionale Wertschöpfungskette, die ihr Abbild in allen Bestandteilen des Bausektors findet, zu stabilisieren und auszubauen.

Strukturwandel wird nicht am grünen Tisch entschieden, sondern vor Ort gemacht. Deshalb muss auch das Land Nordrhein-Westfalen zusätzlich zu den Mitteln des Strukturstärkungsgesetzes öffentliche Mittel für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen bereitstellen, um den bereits zuvor existierenden Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur zu beseitigen.

Damit ließen sich dann auch Projekte realisieren, wie sie bspw. die ASEAG in ihrem Papier „Mobilität gemeinsam denken – Die Verkehrswende gestalten“ (ASEAG Vision 2027) vorgeschlagen hat.

Wir bitten Sie, den Beschlussvorschlag wie zuvor formuliert als Beschlussvorschlag in die Sitzungsvorlage der Verwaltung zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Martin Peters
Fraktionsvorsitzender

Begl. Oliver Liebchen

Durchschriftlich an:

- Herr Jansen, Allgemeiner Vertreter und Dez. II
- Herr Dr. Ziemons, Dez. III
- Herr Jücker, Dez. IV
- Herrn Terodde, Dez. V
- Herrn Funken, S 13
- Herrn Leyendecker, A 10.1
- Frau Juchem, A 10.1
- Herrn Jonek, A 10.1
- Fraktionen / PIR-UFW-Gruppe